Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 216. Mittwoch, 16. September 1931, abends. 84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Deutsch-russische Wirtschaftsverhandlungen.

vdz. Berlin. **Donnerstag** vormittag werden in **Berlin die Verhandlungen mit der Vertretung Sowjetrußlands** beginnen, um die vielen Schwierigkeiten, die sich in den wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland herausgestellt haben, zu beseitigen.

Die **deutschen Anträge** beziehen sich im wesentlichen auf **Fragen des Niederlassungsabkommens.** Im Laufe der Jahre hat sich die Notwendigkeit einer besseren Regelung der Arbeitsverträge ergeben, die von russischer Seite mit Reichsdeutschen für ihre Tätigkeit in Sowjetrußland abgeschlossen werden. Deutschland führt darüber Beschwerde, daß deutsche Arbeiter oft in ungesetzlicher Weise von Sowjetorganen angeworben werden und daß man ihnen Arbeitsbedingungen verspricht, die später nicht eingehalten werden. Weitere Schwierigkeiten sind dadurch entstanden, das Reichsdeutsche, die sich in Rußland mit Russinnen verheiratet haben, bei ihrer Heimkehr nach Deutschland die Frau nicht mitnehmen dürfen, weil diese Frauen nicht aus der russischen Staatsangehörigkeit entlassen werden und ihnen die Ausreise-Erlaubnis verweigert wird. Nach russischem Recht dürfen solche Frauen, auch wenn ihnen die Ausreise-Erlaubnis gewährt wird, ihr Vermögen nicht mit nach Deutschland nehmen. Einer neuen Regelung bedarf auch die Frage der Besteuerung von Reichsdeutschen in Sowjetrußland. Die Schwierigkeiten, die jetzt Reichsdeutschen bei der Einreise, Durchreise und Ausreise in Sowjetrußland entstehen, sollen beseitigt werden. Weitere deutsche Anträge beziehen sich auf die vorschriftsmäßige Mitteilung in Haftsachen, auf die Zulassung und Betätigung deutscher Firmen in Rußland. Bei den deutschen Forderungen zum Wirtschaftsabkommen handelt es sich u. a. darum, daß die deutsche Industrie mit bestimmten russischen Rohstoffen besser versorgt wird als es jetzt geschieht. Es soll auch der Zustand beseitigt werden, daß die Sowjetorgane sehr oft die Geschäftsabschlüsse nicht mehr durch ihre offizielle Handelsvertretung, sondern unmittelbar von Moskau aus tätigen, so daß die Haftung der Handelsvertretung verloren geht. Schließlich muß Deutschland eine andere Regelung des Transitverkehrs verlangen, denn nach den jetzigen Bestimmungen ist die Durchfuhr deutscher Waren durch Rußland nach bestimmten asiatischen Ländern beinahe unmöglich gemacht.

Die **Russen** verlangen anderseits Beseitigung der Einreiseerschwerung für Sowjetbürger nach Deutschland, einen besseren gerichtlichen Schutz der Sowjetinteressen in Deutschland und einen Schutz dagegen, daß gewisse russische Waren in Deutschland öffentlich diskreditiert werden. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um die Propaganda gegen das russische Erdöl und Benzin.

Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen haben sich in den letzten Jahren so gesteigert, daß augenblicklich die russischen Aufträge für die deutsche Industrie den Wert von rund einer Milliarde RM ausmacht. Trotz der dahingehenden Wünsche ist die Reichsregierung angesichts der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftslage nicht geneigt, die jetzige Garantie des Reiches und der Länder von rund 700 Millionen Mark für die Russengeschäfte zu erhöhen. Bisher sind die russischen Zahlungsverpflichtungen pünktlich erfüllt worden.

Französische Quertreibereien

Am 26. September findet, wie bereits angekündigt, in Paris unter Leitung von Lord Cecil und Henry de Jouvenal eine Konferenz statt, die sich die Aufgabe setzt, die öffentliche Meinung für die große internationale Abrüstungskonferenz im Februar nächsten Jahres vorzubereiten.

Gestern fand hier eine Sitzung des Organisationskomitees dieser Konferenz statt, an der deutscherseits der Geschäftsführer der Deutschen Liga für den Völkerbund, Dr. Kirchhoff, teilnahm. Diese Sitzung beschäftigte sich mit dem Entschließungsentwurf, der der Konferenz zur Frage vorgelegt werden sollte.

Auf französischer Seite ist nun versucht worden, diesen Entwurf, der in seinen wesentlichen Teilen dem deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage Rechnung trägt, im Sinne der französischen These abzuschwächen. Der deutsche Vertreter hat sich diesem Versuch widersetzt mit dem Hinweis, daß eine Teilnahme der deutschen Gruppe an der Konferenz nicht möglich sei, wenn die geforderten Abänderungen an der Entschließung vorgenommen werden würden.

Das Komitee hat daraufhin beschlossen, die Entschließung in der ursprünglichen Form der Konferenz zu unterbreiten. Man nimmt an, daß an der Pariser Konferenz Vertreter von zweitausend Verbänden teilnehmen werden.

Devisensperre in Ungarn

Budapest, 16. September.

Auf Anweisung der Ungarischen Nationalbank werden den nach dem Auslande Reisenden ausländische Zahlungsmittel im Werte von nur 150 Pengö statt wie bisher 300 Pengö ausgefolgt. Die Devisenüberweisungen, die bisher bis zum Gegenwert von 300 Pengö gestattet waren, wurden gänzlich eingestellt.

Weitere Hoover-Feierjahre?

Washington. Präsident Hoover verhandelte am Montag abend, wie die „Washington Evening Post" meldet, mit den Mitgliedern des beratenden Ausschusses des Bundesreserveamtes über die Frage der Verlängerung des Hoover-Jahres. Der Ausschuß empfahl dem Präsidenten die sofortige Verlängerung des einjährigen Zahlungsaufschubs auf drei bis fünf Jahre. Schatzsekretär Mellon schlug dem genannten Blatt zufolge drei Jahre vor. Weiterhin wurde gefordert, daß die eingefrorenen deutschen Kredite bei den Bundesreservebanken diskontfähig gemacht werden sollen.

In Washington wird dieser Konferenz, die nach dem Abendessen im Weißen Haus stattfand und die sich bis weit über Mitternacht ausdehnte, größte Bedeutung beigemessen. Dem beratenden Ausschuß des Bundesreserveamtes gehören sämtliche Mitglieder der Bundesreservebezirke im ganzen Land an.

Washington, 16. September.

Zu der Meldung der „New York Evening Post", wonach Präsident Hoover auf Anraten des Beirats des Federal Reserve Board die Verlängerung des Zahlungsfeierjahres auf drei bis fünf Jahre plane, erklärte ein Beamter im Büro des Präsidenten: „Das sind reine Kombinationen". Der Beamte fügte hinzu, daß die Frage einer Verlängerung des Moratoriums nicht Gegenstand einer Konferenz gewesen sei und das Weiße Haus in dieser Hinsicht keine Schritte ins Auge gefaßt habe.

Man glaubt zu wissen, daß Hoover in einem Kreis geladener Gäste diese über ihre Meinung wegen der Notwendigkeit befragte, einen Beweis von Großzügigkeit hinsichtlich der Kredite für amerikanische und ausländische Unternehmungen zu geben und über die Möglichkeit, den Goldvorrat der Vereinigten Staaten nutzbringend zu verwenden, ohne eine Inflation hervorzurufen.

Noch keine neue Initiative Hoovers?

Washington. Obgleich das Weiße Haus und das Bundesreserveamt die Meldung der „Evening Post" über die Verlängerung des Hoover-Feierjahres in Abrede stellen, wird **dem Bericht sowohl in Newyorker Finanzkreisen als auch in politischen Kreisen in Washington größte Bedeutung beigemessen.**

Die Politische Kommission der Völkerbundsversammlung

Curtius verteidigt das Europa-Komitee.

)(Genf. In der **politischen Kommission** der Völkerbundsversammlung, die unter dem Vorsitz des schweizerischen Bundesrates Motta steht und in der gestern **Dr. Curtius, Briand und Grandi erschienen** waren, kam es zu einer **interessanten Debatte über die Arbeiten des europäischen Studienkomitees.** Das Komitee ist bekanntlich von der vorjährigen Völkerbundsversammlung eingesetzt worden, und besonders die heutige Völkerbundsversammlung steht vor der Frage, ob das Mandat dieser Kommission verlängert werden soll.

Der **japanische Regierungsvertreter** brachte das auch bei anderer Gelegenheit **neuerdings beobachtete Mißvergnügen der außereuropäischen Staaten über die Arbeiten dieses Ausschusses in einer formulierten Erklärung zum Ausdruck,** in der erhebliche Kritik daran geübt wurde, daß von diesem Ausschuß Fragen, die eigentlich **universellen Charakter** hätten, unter Ausschluß der außereuropäischen Staaten behandelt würden. Der **norwegische Delegierte Lange** kritisierte gleichfalls den Ausschuß.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

benutzte diese Gelegenheit, um in zwangloser Weise seinerseits zu den aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Er wandte sich **gegen die Versuche,** an die grundsätzliche Frage der politischen Organisation der **europäischen Union** schon jetzt heranzugehen und bezeichnete den diesbezüglichen Antrag, den Estland in der Bundesversammlung eingereicht hat, als verfrüht. Die heute in der Kommission zum Ausdruck gekommene Kritik habe deutlich gezeigt, daß ein derartiger Antrag, wenn er zur Abstimmung gestellt würde, abgelehnt würde. Die **Wirtschaftsnot erfordere allergrößte Anstrengungen der europäischen Staaten** und infolgedessen müßte sich die Arbeit des Europakomitees **auf Wirtschaftsfragen beschränken.** Für die Behandlung von solchen wirtschaftlichen Fragen, die sich aus der besonderen europäischen Wirtschaftsnot ergeben, könne der Europa-Ausschuß nützliche Arbeit leisten. **Bei aller Kritik dürfe man doch nicht soweit gehen, jetzt schon eventuell den Europa-Ausschuß liquidieren zu wollen.**

Die **Erfahrungen eines einzigen Jahres seien noch zu ungenügend.** Bei den gemeinsamen Anstrengungen zur Ueberwindung der europäischen Wirtschaftsnot könne man vorläufig auf den Europa-Ausschuß noch nicht verzichten. Er sei deshalb der Meinung, daß die Arbeiten fortgesetzt werden sollten.

Mit Nachdruck vertrat sodann der deutsche Außenminister die Forderung, daß die Arbeit des Europa-Ausschusses aufs strengste rationalisiert werde. Die Zahl der Komitees und Unterausschüsse müßte sich auf das notwendigste Maß beschränken. Die öffentliche Meinung sei ängstlich besorgt, was aus den vielen Beratungen praktisch herauskomme. Es gehe aber auch nicht an, dem Europa-Ausschuß grundsätzlich untersagen zu wollen, besondere Ausschüsse einzusetzen. Das würde zu einer vollständigen Lähmung seiner Arbeiten führen. Dr. Curtius wies in diesem Zusammenhange auf den Ausschuß der zehn europäischen Wirtschaftsexperten hin, der in kurzer Zeit und mit verhältnismäßig geringen Kosten wertvolle Erkenntnisse zutage gefördert habe. **Er dürfe feststellen, daß den außereuropäischen Staaten satzungsgemäß Gelegenheit gegeben sei, sich in dem europäischen Ausschuß vertreten zu lassen, um dort ihre Auffassungen zur Geltung zu bringen und Anregungen zu geben.**

Von dieser Möglichkeit hätten diese Staaten allerdings im vergangenen Jahr keinen Gebrauch gemacht. Zudem bleibe es ihnen unbenommen, in der Völkerbundsversammlung und in den Ausschüssen Kritik zu üben und Wünsche zu äußern.

Nach Dr. Curtius sprach

Briand.

Er verantworte, so sagte er u. a., voll die Schaffung des Europa-Ausschusses. Der Europa-Ausschuß sei von der Vollversammlung gebildet und habe jetzt nur die Aufgabe, der Vollversammlung über die abgelaufenen Arbeiten zu berichten. Der Europa-Ausschuß habe im Sinne des Völkerbundes gearbeitet. **Ein Gedanke, den Europa-Ausschuß anzulösen, komme heute überhaupt nicht in Frage.**

Der Europa-Ausschuß sei in der letzten Zeit aus dem ursprünglichen Rahmen herausgedrückt worden, da ihr die europäischen Völker Europas in ihrer Not **um Hilfe angerufen** hätten. Der Europa-Ausschuß habe versucht, diesem Appell zu folgen, und damit eine Rolle übernommen, die eigentlich dem Völkerbund zufallen sollte. Zweifellos sei es dem Europa-Ausschuß bisher nicht gelungen, die Leiden der Völker, die besonders litten, zu mildern. Aber der Europa-Ausschuß habe auf verschiedenen Gebieten bereits praktische Ergebnisse erzielt. Er habe geholfen, eine Annäherung der wirtschaftlichen Interessen herbeizuführen und eine Ausdehnung der Wirtschaftsmärkte zu schaffen. Besonders habe der Ausschuß wesentlich die **Lage der Agrarstaaten erleichtert und praktische Ergebnisse auf dem Gebiete des Landwirtschaftskredites** erzielt. Der Vorwurf mangelnder Tätigkeit sei somit unrichtig. Dem Europa-Ausschuß könne nur der Vorwurf des **Uebereifers** gemacht werden. Er habe aus der Notlage der Zeit heraus Fragen in Angriff genommen, die vielleicht Weltprobleme seien und damit eher zu der unmittelbaren Zuständigkeit des Völkerbundes gehörten. Der Europa-Ausschuß würde selbstverständlich auch künftig dem universellen Charakter des Völkerbundes Rechnung tragen. **Er, Briand, empfinde sich als der moralische Vater des Europa-Ausschusses und habe bisher keine Veranlassung gesehen, die etwas übereilten Schritte seines Kindes zu verlangsamen.** Der Europa-Ausschuß müsse nach wie vor offenstehen für die Behandlung aller Fragen, sowohl derer, die im Rahmen des Völkerbundes an ihn herantreten, als auch derer, die außerhalb des Völkerbundes eine Lösung erforderten. Der Europa-Ausschuß müsse daher **seine Arbeiten wie bisher fortsetzen.**

Genfer Entschließung über die Arbeit des Europaausschusses.

Genf. (Funkspruch.) Der 6. (politische) Ausschuß hat heute vormittag als Abschluß der Aussprache über den Bericht des Europaausschusses folgende **Entschließung** angenommen:

Die Versammlung verzeichnet mit Genugtuung die Ergebnisse der Arbeiten des Studienausschusses für die europäische Union. Sie billigt den Bericht des Studienausschusses über seine Konstitution, seine Organisation und seine Arbeitsmethoden. Sie fordert den Ausschuß auf, das unternommene Werk gemäß den in der Entschließung vom 17. September 1930 niedergelegten Grundsätzen fortzusetzen. Sie empfiehlt ihm, so oft das möglich sein wird, die technischen Organe des Völkerbundes in Anspruch zu nehmen, und dem Völkerbund die Regelung des Problems zu übertragen, die ihm für eine universelle Lösung geeignet scheinen.

Zum Berichterstatter über den Europaausschuß wurde der schweizerische Bundesrat Motta ernannt.